Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und

Kultur

Band: 101 (2021)

Heft: 1090

Vorwort: Editorial

Autor: Grob, Ronnie

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Editorial

«Der Staatsapparat ist ein Zwangs- und Unterdrückungsapparat. Das Wesen der Staatstätigkeit ist, Menschen durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu zwingen, sich anders zu verhalten, als sie sich aus freiem Antriebe verhalten würden.»

Ludwig von Mises, «Im Namen des Staates oder Die Gefahren des Kollektivismus»



Ronnie Grob

Die Schweiz ist bekannt für Bürger, die selber denken und selber entscheiden. Legt der Staat ihnen eine Impfung nahe, dann überlegen sie selbst, ob sie das benötigen oder nicht – und entscheiden dann. Das resultierte, nachdem sich die Risikogruppen und Alten vernünftigerweise geimpft haben, in einer der tiefsten Impfquoten in Europa. Ein gutes Zeichen eigentlich, denn viele in diesem Land sind nicht vorerkrankt, sondern topfit und werden die Spitäler auch im Krankheitsfall kaum belegen.

Mit der Einführung des Zertifikatszwangs schreiten nun viele der Jüngeren mit guter Gesundheit zur Impfung und fügen sich der von staatlicher Seite ausgeübten Zwängerei – explizit entgegen ihren ursprünglichen Absichten. Wie die NZZ berichtet, fällt der Frust der Gezwungenen nun ab auf die Mitarbeiter in den Test- und Impfzentren und den Apotheken. Richten muss er sich aber gegen die Befürworter des Zertifikatszwangs, die Mitarbeiter in Restaurants und Fitnesscenters zu Hilfspolizisten machen und die Gesellschaft in etwa zwei Hälften spalten.

Wenn Menschen Direktiven folgen, die dem nach ihrer Einschätzung vernünftigen Urteil zuwiderlaufen, muss man wachsam werden. Denn Menschen lassen sich zu vielem überreden – wie wir vom 1961 erstmals durchgeführten Milgram-Experiment wissen –, nur weil es ihnen eine Autorität befiehlt. Auch in Wiederholungen des bekannten Experiments, in dem Versuchsteilnehmer vom Versuchsleiter unter Druck gesetzt werden, anderen Versuchsteilnehmern vermeintlich elektrische Schläge zu versetzen, zeigte sich eine Gehorsamsbereitschaft von rund 65 Prozent der Teilnehmer.

Die Pflicht zur Krankenversicherung entbindet alle von Eigenverantwortung – es ist im Grunde eine Vollkaskoversicherung. Wäre es keine, müsste man alle, die Gefahr laufen, mit ihrem Verhalten einen Spitalaufenthalt zu provozieren – Unsportliche, Übergewichtige, Drogenkonsumenten –, gleichermassen in die Pflicht nehmen. Wer die notabene im beschleunigten Verfahren bewilligte Impfung verweigern will, dem bleibt also gar keine Möglichkeit, die Verantwortung für sich selbst wahrzunehmen. Dennoch kritisieren Geimpfte Ungeimpfte vorsorglich für den hypothetischen Fall, bei einer Coronaerkrankung ein Intensivbett zu belegen, das dann nicht mehr frei wäre für andere.

Gäbe es keine Pflicht zur Krankenversicherung, wäre die Situation eine andere. Kommt es dann bei einer Pandemie zur Triage – also zur Entscheidung, welche Patienten weiterversorgt werden und welche nicht –, müsste man die Maschinen für Ungeimpfte und Geimpfte, die nicht in der Lage sind, ihre Behandlungskosten selbst zu tragen, zuerst abschalten.